

Dienstag (Abend), 10. September 2019 / Mardi soir, 10 septembre 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

53 2019.RRGR.31 Postulat 016-2019 Imboden (Bern, Grüne)

Wahrnehmung der Konzernverantwortung und Respektierung der Menschen- und Umweltrechte bei Investitionen und Beteiligungen der BKW im Ausland

53 2019.RRGR.31 Postulat 016-2019 Imboden (Bern, Les Verts)

Prise en compte de la RSE dans les investissements et participations réalisés à l'étranger par BKW SA

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 53, ein Postulat von Grossrätin Imboden. Ich gebe ihr das Wort. Entschuldigung, wir haben ein Problem. Für all jene, die die Session draussen verbringen: Es wurde nicht geläutet. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler. Frau Imboden, Sie haben das Wort.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich nehme es vorweg: Ich bestreite die Abschreibung. Deshalb spreche ich auch. Der Regierungsrat ist ja bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir anerkennen auch, dass er schreibt, dass er der Meinung ist, dass die BKW eine spezielle Verantwortung hat bezüglich des Respektierens von Menschenrechten, von Umweltfragen, und dass er hier auch als grosser Konzern, der international aktiv ist, eine spezielle Verantwortung hat. Sie haben sicher alle auch die schöne Broschüre der BKW erhalten, die bei Ihnen – bei mir jedenfalls auch – in der Post war. Dort sieht man, dass die BKW inzwischen ein globaler Konzern ist. Das ist auch nichts Schlechtes, das will ich grundsätzlich nicht infrage stellen. Es ist einfach eine grosse, international tätige Berner Energieversorgung, und sie hat gewisse wichtige Aufgaben, auch international.

Weshalb bestreite ich die Antwort und auch die Abschreibung des vorliegenden Postulats? – Die Regierung verweist in der Antwort darauf, dass die BKW bereits alles mache, um die Haltung bei den ausländischen Investitionen von ökologischen oder auch von Menschenrechtsfragen zu berücksichtigen, und verweist auf zwei Dokumente; sie sehen dies in der Fusszeile. Ich habe die beiden Dokumente angeschaut: Der Lieferantenkodex gibt nicht sehr viele Hinweise und auch im Verhaltenskodex steht einfach drin, dass die BKW bemüht sei, im Ausland die Gesetze einzuhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Gesetze einzuhalten ist eine Anforderung, die jede Unternehmung hat. Von daher kann das nicht genügend sein. Es hat verschiedene Beispiele gegeben, ich will nicht mehr im Detail darauf eingehen: Die «Blutkohle» in Kolumbien war eine Diskussion, worüber in der Antwort steht, die BKW habe dort jetzt beim Mehrheitsaktionär interveniert, damit die Standards betreffend die Menschenrechte eingehalten werden. Es steht einfach, diese Intervention sei gemacht worden, aber über das Resultat erfährt man nichts. Deshalb kann man das Postulat nicht abschreiben, weil genau das, was interessant ist, nicht drinsteht. Ein weiteres Beispiel von grossen Windparksanlagen, die die BKW in Norwegen macht: Dort gibt es einen Konflikt mit der einheimischen Sami-Bevölkerung. Ich weiss, das ist aus unserer Perspektive etwas schwierig zu verstehen, aber für sie geht es um existenzielle Lebensgrundlagen. Deshalb hat auch ein UNO-Ausschuss einen Baustopp verlangt. Diese heiklen Fragen sind nicht einfach ohne. Deshalb beantragen wir, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird, weil leider in der Antwort eben nichts darüber steht, was die BKW genau macht. Dies, damit die Regierung die Möglichkeit hat, mit der BKW zu klären, dass sie wirklich transparenter informiert und nicht nur auf so 0815-Kataloge verweist, wo materiell nicht viel drinsteht.

Vielleicht zum Schluss noch ein wichtiger Punkt: Ich habe gesagt, es gehe um Konzerne und Konzernverantwortung. Die Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) beschloss im letzten Juni – dort war logischerweise nicht unser Energiedirektor dabei, sondern wahrscheinlich unser Volkswirtschaftsdirektor –, dass sie einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative unterstützt. Weshalb sage ich das? – Weil das der richtige Weg ist, grosse Konzerne mehr in die Verantwortung zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich weiss, Frau Thoma hört hier wahrscheinlich nicht zu. Aber ich finde es verständlich, dass Frau Thoma im Gegenkomitee sitzt und die Konzernverantwortungsinitiative bekämpft und nicht, wie es eigentlich die Volkswirtschaftsdirektoren tun – die ja immerhin die politischen Behörden sind – den Gegenvorschlag unterstützt. Ich erwarte eigentlich, dass sie aus dem Economiesuisse-Komitee zurücktritt. So hat man keine Glaubwürdigkeit. Wenn man Menschenrechte ernst nimmt, muss man den Konzern mindestens auf einer neutralen Position führen. Denn sonst wird die Konzernverantwortung eben genau mit Füßen getreten.

Daher bitten wir Sie, die Abschreibung abzulehnen. Wie gesagt: Vielleicht mag es jemand Frau Thoma ausrichten, dass es sich vielleicht nicht so ziemt, wenn sie entgegen den Volkswirtschaftsdirektoren eine ganz andere Position vertritt, die den Menschenrechten nicht förderlich ist. Herzlichen Dank, dass Sie die Abschreibung ablehnen!

Präsident. Das Wort ist offen für Fraktionssprechende. Als erster für die SP-JUSO-PSA, Stefan Berger.

Stefan Berger, Burgdorf (SP). Die Wahrnehmung der Konzernverantwortung und die Respektierung und Einhaltung von Menschen- und Umweltrechten bei Investitionen und Beteiligungen, aber auch bei der Beschaffung, sollte nicht diskutiert werden müssen. In jüngster Zeit – Natalie Imboden hat es schon gesagt – wurde die BKW durch ihre Tätigkeit, wie zum Beispiel bei der Beschaffung von Kohle für das Steinkohlekraftwerk in Wilhelmshaven oder beim Windkraftprojekt im Südwesten Norwegens, jedoch mehrfach mit Vorwürfen konfrontiert. Als Aktionär, der ich als Kantonsangehöriger bin, stimmt mich das nachdenklich. Als Mehrheitsaktionär der BKW genügt es in diesem Fall, so glaube ich, nicht, dass man nur die Einhaltung der Menschen- und Umweltrechte fordert, sondern man muss die Implementierung in den Konzerngrundsätzen und die anschliessende Einhaltung dieser durch geeignete Massnahmen auch kontrollieren. Dazu fehlt mir in der Antwort des Regierungsrates jeder Hinweis. Natalie Imboden hat es auch schon gesagt. Aus diesem Grund lehnen wir in unserer Fraktion die Abschreibung des Postulats auch ab.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Etwas Beachtliches steht in der Stellungnahme des Regierungsrates zum Vorstoss: Die BKW solle die Einhaltung des Umweltschutzes und der Menschenrechte bei ihren Beteiligungen und Investitionen im Ausland garantieren; der Regierungsrat teile das Anliegen der Motion. Er scheint dann aufgrund der Auskünfte, die er bei der BKW eingeholt hat, absolut sicher zu sein, dass die BKW ihre Unternehmensverantwortung punkto Menschenrechte und Umweltschutz auch im Ausland wahrt. Deshalb sieht der Regierungsrat keinen weiteren Handlungsbedarf, und er beantragt Annahme und Abschreibung. Schön, wenn es wirklich so ist oder wirklich so wäre. Mich erstaunte, als ich kürzlich feststellte – Natalie Imboden hat bereits darauf hingewiesen –, dass die Konzernchefin der BKW im Nein-Komitee zu einer Volksinitiative sitzt, die genau diese Unternehmensverantwortung in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) verankern will. Nicht nur die CEO der BKW sitzt in diesem Komitee, nein, auch der Verwaltungsratspräsident. Mir ist kein anderes bernisches Unternehmen in der Liste der Komiteemitglieder aufgefallen, welches mit den Spitzen der beiden obersten Unternehmensorgane in diesem Nein-Komitee vertreten ist.

Ich fragte mich: Weshalb dieses Engagement gegen eine solche Initiative, die breit abgestützt ist, gerade auch im Kanton Bern, auch auf lokaler Ebene in vielen Lokalkomitees? Ist es vielleicht eine späte Rache für einen Preis, den die BKW vor zehn Jahren am WEF entgegennehmen musste? – Sie musste damals den Publikums-Schmähpreis entgegennehmen für die Beteiligung am damals geplanten Kohlekraftwerk Dörpen in Niedersachsen. Der Preis wurde ihr damals von der Organisation Public Eye überreicht, die damals noch Erklärung von Bern hiess und zu den Trägerinitiativen der Volksinitiative gehört. Die BKW stieg danach vollständig aus dem Projekt aus, und man müsste eigentlich hoffen, dass sie aus dieser Geschichte gelernt hat und es nicht mehr nötig haben sollte, sich gegen die Verankerung dieses grundsätzlichen Bekenntnisses zur Unternehmerverantwortung zur Wehr zu setzen. Hinzu kommt, dass staatsnahe Unternehmen grundsätzlich zur politischen Neutralität verpflichtet sind. Das hat das Bundesgericht schon mehrfach festgestellt, und zwar für staatsnahe Unternehmen, unabhängig von ihrer Organisationsform. Das müsste eigentlich auch für die Spitze der BKW gelten, die noch immer mehrheitlich im Besitz des Kantons Bern ist.

Natürlich ist es den Personen an der Spitze der BKW streng genommen juristisch nicht verboten, eine persönliche Meinung zu dieser Initiative zu haben, die auf uns zukommt. Wenn sie aber, wie die CEO der BKW, mit ihrer Funktion in einem Komitee auftritt, das eine Volksinitiative mit einem,

auch laut Regierungsrat, berechtigten Anliegen bekämpft – eine Volksinitiative, welche die BKW eigentlich gar nicht betreffen sollte –, dann schadet dies der Glaubwürdigkeit des Unternehmens, und es schadet eigentlich auch dem guten Ruf des Kantons Bern. Das Mitmachen der beiden führenden Köpfe der BKW im Komitee gegen die Konzernverantwortungsinitiative hinterlässt Zweifel, ob es der BKW wirklich ernst ist mit der Wahrnehmung ihrer Unternehmensverantwortung. Deshalb bitte ich, auch im Namen der Grünen, darum, den Vorstoss nicht abzuschreiben und die BKW sozusagen weiterhin unter der vom Regierungsrat versprochenen Beobachtung zu lassen.

Präsident. Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden mehr auf der Liste. Gibt es Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? – Das ist nicht der Fall. Dann übergebe ich das Wort Regierungsrat Neuhaus. (*Regierungsrat Neuhaus setzt zu seinem Votum und wird sodann vom Präsidenten unterbrochen. / M. le conseiller d'Etat Neuhaus veut commencer son intervention, mais est immédiatement interrompu par le président.*) Entschuldigen Sie, wünscht die Motionärin nachher nochmals das Wort? – Vielen Dank.

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Sie hat mich noch nicht gehört. Wir stehen als Kanton Bern und Mehrheitsaktionär in der Verantwortung, die Standards, welche die Motionärin fordert, sind zu erfüllen. Es hätte mich aber überrascht, wenn sie mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden gewesen wäre; wir kennen uns nämlich zu gut. Der Lieferantenkodex hat zwei Seiten, der Verhaltenskodex sieben. Sie hat einen Satz daraus zitiert, es ist aber etwas mehr. Ich muss zu meiner Schande gestehen: Ich war nicht vor Ort im Ausland, fehlende Zeit. Das Geld sollte besser genutzt werden und vor allem auch CO₂-Gründe. Die Äusserung hier hat gezeigt: Man will es entsprechend politisieren, und das ist hier drin, aber auch der CEO der BKW, explizit erlaubt. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie den Vorstoss im Namen des Regierungsrates behandeln. Ich bin entsprechend auch froh. Denn jede Session gibt es einmal ein BKW-Bashing, dieses bleibt mir treu. Und jetzt schweige ich.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.31)
Vote (Affaire 2019.RRGR.31)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	99
Nein / Non	43
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben das Postulat angenommen, mit 99 Ja- gegen 43 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Wir kommen zur Abschreibung. Wer das Postulat abschreiben will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.31; Abschreibung)
Vote (Affaire 2019.RRGR.31 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	88
Nein / Non	52
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben das Postulat abgeschrieben, mit 88 Ja- gegen 52 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.